

# Ethno-Nationalismus im modernen Europa

Von Dr. Carsten Wieland

## Inhalt

1.) Einleitung: Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen	2
2.) Was ist Ethno-Nationalismus?	3
- Die subjektive Nationsidee	3
- Die objektive Nationsidee	3
3.) »Ethnische« Bausteine in Bosnien-Herzegowina	5
- Geschichte	5
- Sprache	6
- Bräuche	6
- Gewalt	6
4.) Ethno-Nationalisten nutzten das politische Vakuum	7
5.) Minderheit? Volk? Nation? Staat?	7
6.) Ethno-Nationalismus als Staatsideologie	9
- Tschechien und Slowakei	9
- Griechenland	9
- Republik Mazedonien	9
7.) Ethno-Nationalismus als Sezessions-Ideologie	10
- Korsen	10
- Bretonen	11
- Basken	11
- Katalanen	12
- Nord-Italien	13
8.) Nationen im Wartestand	14
- Sinti und Roma	14
9.) Europäische Union: Regionen kontra Nationen?	15

Dezember 2000

## **1.) Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen**

»Wenn du zu einer öffentlichen Diskussion über Demokratie aufrufst, kommen einige hundert Intellektuelle. Wenn es um den Nationalismus geht, bekommst Du Zehntausende aus allen Schichten auf die Straße.« Dieser Satz stammt von Alija Izetbegovic. Der langjährige, bosnische Präsident hat damit ein Phänomen auf den Punkt gebracht, das keinesfalls nur auf den Balkan zutrifft. Gleichzeitig hat er einen Zwiespalt zwischen Demokratie und Nationalismus deutlich gemacht, der Europa nach dem Ende des Kalten Krieges in Atem hält.

Vor etwas mehr als zehn Jahren, als in Berlin die Mauer fiel und im Osten Europas die kommunistischen Diktaturen wie Kartenhäuser zusammen brachen, hatten viele in der Euphorie nur einen Sieg der Demokratie vor Augen. Das lag nahe. Formell ging diese Staatsform aus den meist friedlichen Revolutionen hervor, so dass einige sogar triumphierend vom »Ende der Geschichte« sprachen (wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama).

Doch bald wurden die Europäer in Ost und West eines Besseren belehrt. Eine *bestimmte Form* des Nationalismus, wie sie auch Izetbegovic im Sinn hat, erhielt Auftrieb unter dem Deckmantel der Demokratie und der neu gewonnenen Freiheit – der Ethno-Nationalismus. Viele West-Europäer rieben sich verwundert die Augen. Hatten sie doch in ihrer Generation erlebt, wie Staaten sich zu einer europäischen Gemeinschaft zusammen schließen, um nationale Egoismen zu überwinden. Vom Zusammenbruch des Staats-Sozialismus im Osten des Kontinents erhofften sich viele eine Weiterentwicklung in diese Richtung.

Doch im gleichen Jahr 1992, als die westeuropäischen Mitgliedsstaaten den Maastrichter Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unterzeichneten, brach in Bosnien-Herzegowina der brutalste Konflikt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus. Angeblich war es das »Ethnische«, das hier im Vordergrund stand. Viele, auch westeuropäische Politiker, übernahmen diese Sicht. Doch kaum einer verstand wirklich, worum es eigentlich ging.

Und noch etwas passierte im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts: Der Ethno-Nationalismus hat an politischer Kraft gewonnen – nicht nur im Osten Europas, sondern auch im Westen, wo er längst als überholt galt. Fürsprecher von staatlichen Minderheiten, wie Basken und Korsen, witterten Morgenluft, mit »*ethnischen*« Argumenten, *politische* Rechte zu fordern.

Im folgenden soll geklärt werden, was Ethno-Nationalismus eigentlich bedeutet, und wie er im Verhältnis zur politischen Demokratie steht. Das Beispiel Balkan soll zeigen, wie die Bausteine des Ethno-Nationalismus zurecht gezimmert werden, um politische Wirkung zu entfalten. Schließlich wird an einigen Beispielen gezeigt, wo sich der Ethno-Nationalismus in Europa sonst noch bemerkbar macht und welche »Nationen« in der Warteschlange stehen. Daraus ergeben sich auch neue Herausforderungen an die Europäische Union.

## 2.) Was ist Ethno-Nationalismus?

Diese Frage lässt sich eigentlich nur beantworten, wenn man zunächst verstanden hat, was eine Nation ist. Doch das ist ein aussichtsloses Unterfangen. Selbst in der Wissenschaft hat sich keine einheitliche Definition durchgesetzt. Historiker, Politikwissenschaftler, Ethnologen und Völkerrechtler tapen dabei gemeinsam im Dunkeln. Sicher ist, dass »Nation« mit einer großen Gruppe von Menschen zu tun hat und mit politischem Ehrgeiz. Die Behauptung einer gemeinsamen Abstammung gehört für viele dazu. Doch sie lässt sich schwer belegen. Die Idee gilt vielmehr als Brücke, um ein Gemeinschaftsgefühl erst zu erzeugen. Insofern ist »Nation« auch mehr als rationale Politik, sondern mit Emotionen behaftet. Um etwas Klarheit zu schaffen, bietet sich an, grob zwei Arten von Nationskonzepten zu unterscheiden.

### Die subjektive Nationsidee (»französisches« oder bürgerlich-demokratisches Konzept)

Jeder ist Mitglied einer Nation, weil er dies will. Die Nation ist eine offene Gesellschaft, eine Wahlgemeinschaft. Das Volk ist das Wahlvolk. Die Nation wird somit quasi durch ein »tägliches Plebiszit« bestätigt, wie der Franzose Ernest Renan es beschrieb. »Der Mensch ist weder Sklave seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Religion noch des Laufs der Flüsse oder der Richtung der Gebirgsketten.«

Die Französische Revolution gilt als Ausgangspunkt dieses Nationskonzepts. 1789 definierte Emmanuel Joseph Sieyès in seiner berühmten Rede über den »Dritten Stand« eine Nation als »[e]ine Gesellschaft, welche unter einem gemeinschaftlichen Gesetz lebt und durch ein und dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten wird«. In diesem Sinn verstand auch der deutsche Philosoph Immanuel Kant sein republikanisches Konzept: Individuen schließen sich aus freiem Willen zu einem Staatsverband mit einer selbst bestimmten Verfassung und Regierung zusammen. Eine postulierte, gemeinsame Herkunft eines Volkes als quasi »gemeinschaftlicher Elternstamm« habe bloß »intellektuelle und rechtliche Bedeutung«, keine reale, schrieb Kant. Seine Definition des Staates läßt daher jede Anspielung auf Abstammung vermissen: »Ein Staat (*civitas*) ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.«

Drei Dinge zeichnen das situative Nationskonzept also vor allem aus: 1) Zuerst besteht ein Staat. In seinen Grenzen formiert sich die Nation. 2.) In dieser *Staatsnation* sind alle Bürger gleichberechtigt, egal welcher Abstammung, Religion etc.. Das schlägt sich in einer Verfassung nieder, die ausschließlich von Bürgern (*citoyens*) spricht und keine »Nationen«, »Nationalitäten« etc. aufzählt. 3) Als Staatsbürgerrecht gilt idealtypisch das *ius soli*. Die Tatsache, daß eine Person in dem Territorium der Nation geboren wurde, macht sie zum Staatsbürger und Nationsmitglied, nicht seine familiäre Abstammung.

### Die objektive Nationsidee (»deutsches« Konzept)

Sie unterscheidet sich vom subjektiven Konzept darin, dass sie das Nationsmitglied in eine Reihe von Vorbedingungen einbettet. Das kann geschehen durch die Behauptung einer »gemeinsamen« Geschichte. Noch stärker eingebunden ist das Mitglied, wenn Sprache oder Religion zum Kriterium gemacht werden. An ihnen ist nicht zu rütteln. Der Mensch ist allein schon durch seine ureigensten Charakteristika, durch sein Wesen, national vorherbestimmt. Er kann nicht aus seiner Haut und ist damit durch seine Person unentbehrlicher Träger der Idee. In anderen Worten: Jeder bleibt, was er »ist«, auch wenn er ein »falsches« Nationalbewußtsein hat. Gleichzeitig nimmt die Nation selbst eine

wesenhafte Gestalt an, wenn von einer »nationalen Seele« oder »nationalem Fleisch« die Rede ist.

Folgende Merkmale zeichnen das objektive Konzept aus: 1) Zunächst entsteht die Nation und dann der Staat. 2) Sie ist in erster Linie eine *Kulturnation*. Denn sie vermittelt ein diffuses Gemeinschaftsgefühl durch kulturelle Faktoren wie Sprache, Religion, Bräuche und Geschichte. Eine kulturelle Homogenisierung findet statt. 3) Wenn die Nation die Staatlichkeit erreicht, wird in ihrer Verfassung nicht von »Bürgern«, sondern von dominanten »Nationen«, »Nationalitäten« und »nationalen Minderheiten« die Rede sein. 4) Als Staatsbürgerrecht gilt idealtypisch das *ius sanguinis*. Menschen »gleichen Blutes« sind von vornherein Mitglieder, egal wo sie geboren wurden und egal wie sie denken.

Das Volk ist also kein Wahlvolk, sondern ein Volk, das sich durch vorher festgelegte Gemeinsamkeiten auszeichnet. Eine politische Diskussion findet nicht statt bzw. ist überflüssig. Ein identischer, politischer Wille aller Nationsmitglieder wird von vornherein angenommen.

Das objektive Nationskonzept nahm bei den Intellektuellen der Romantik und den Nationalbewegungen in Deutschland des 18. und besonders des 19. Jahrhunderts seinen Ausgang. Dass Sprache und Nation in Einklang stehen (sollen), hat besonders der Geschichtsphilosoph Johann Gottfried von Herder (1744-1803) betont. Kultur und politische Gemeinsamkeit waren für ihn nicht zu trennen. »Der natürlichste Staat ist also auch ein Volk, mit *einem* Nationalcharakter«. Und ein Volk ist für ihn wie eine Familie.

Es liegt nahe, dass sich der Ethno-Nationalismus in besonders scharfer Form auf das objektive Nationskonzept stützt. Eben dies scheint am Ausgang des 20. Jahrhunderts in Europa überraschend. Denn einer Diskussion über politische Inhalte scheint nichts im Weg zu stehen. Die allermeisten Menschen sind gebildet, können lesen und haben Zugriff auf eine breite Palette von politischen Informationen. Diejenigen Theoretiker, die mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung ein Ende des Nationalismus vorausgesagt haben, sehen ihre Vision in Trümmern. Statt eines politischen Diskurses erweist es sich oft bequemer, sich schlicht auf unpolitische Äußerlichkeiten wie Sprache, Religion oder gar Hautfarbe zu berufen, um eine Interessengemeinschaft zu begründen.

Diese Art Nationalismus ist fast immer ein Selbstzweck. Er hat keinen Inhalt, anders als einige Nationalismen im Europa des 19. Jahrhunderts. Deren Anführer verbanden damit noch eine gesellschaftspolitische Vision. Nationalismus nach der Französischen Revolution bedeutete zunächst in der Regel eine Massenbewegung, die auch eine Modernisierung mit sich bringen sollte. Die italienischen Nationalisten nannten diesen Aufbruch »Wiederauferstehung«, die gegen den Klerus, den Adel und die alte Ordnung gerichtet war (Risorgimento-Nationalismus). Ganz anders der Ethno-Nationalismus: Der politische Inhalt ist sehr dürftig. Das zeigt sich auch rein äußerlich. So waren die Parteiprogramme der ethno-nationalen Parteien in Bosnien-Herzowina vor dem Krieg 1990 viel dünner als das Programm der sozial-demokratischen Alternative, die wirtschaftspolitische Vorstellungen formulierte. Alleiniges Ziel aggressiver Nationalisten ist die politische Integration des »Volkes« (Integraler Nationalismus) möglichst mit dem Endziel eines eigenen Staates.

Doch was genau das »Volk« sein soll, bleibt meist unklar. Natürliche Merkmale wie Sprache, Bräuche oder Glaube verteilen sich oft sehr unregelmäßig oder überschneiden sich. Die Ethno-Nationalisten haben ein Problem: Sie brauchen eine ziemlich homogene Gruppe, auf die sie sich berufen können. Denn sie fordern politische Zugeständnisse – bis hin zu einem »eigenen« Staat – eben mit dem alleinigen Argument, »ihre Nation« sei eine homogene »Ethnie« und habe daher andere Interessen als »die anderen«. Wie ihre

Konstruktion im einzelnen funktioniert, lässt sich gut am balkanischen Beispiel nachzeichnen.

### **3.) »Ethische« Bausteine in Bosnien-Herzegowina**

Im Grunde gibt es im früheren Jugoslawien keine unterschiedlichen Ethnien. Selbst die Auswertung von Knochenfunden durch Anthropologen zeigt eine »gemeinsame Abstammung« der Südslawen. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein war es üblich, dass Menschen ihre »Ethnie« im Lauf des Lebens wechselten. Das geschah vor allem bei Muslimen. Sogar »muslimische« Politiker vor dem Zweiten Weltkrieg ordneten sich »privat« als Serben oder Kroaten ein. Der fliegende Wechsel existierte bei allen Volksgruppen. Auch die jeweilige, nationale Ideologie wurde manchmal huckepack mit auf die andere Seite genommen. Die Ethno-Nationalisten hatten alle Mühe, ihre politische Zielgruppe beisammen zu halten. Ihnen diente vor allem ein Merkmal als Kontrastmittel – die Religion. Menschen unterschiedlichen Glaubens bilden aber noch lange keine »Ethnie«. Zur politischen Mobilisierung bedurfte es »Kontrastverstärker«, die hier an einigen Beispielen erläutert werden.

#### Geschichte

Orthodoxe und Katholiken hatten auf dem Balkan vor den Muslimen bereits politische Ambitionen entwickelt und nannten sich daher seit dem frühen 19. Jahrhundert eher Serben und Kroaten. Ihre Fürsprecher stemmten sich gegen die Herrschaft der Osmanen und verbanden damit eigene, nationale Ziele. Historiker und Schriftsteller schufen Mythen von »Goldenen Zeitaltern« der jeweils eigenen Volksgruppe. Die Muslime blieben in den Augen der Serben und Kroaten dagegen eine reine Religionsgemeinschaft. Sie hatten auch noch nie ernsthaft nach einem »eigenen« Staat gestrebt. Erst mit dem Zusammenbruch Jugoslawiens fiel er ihnen beinahe in die Hände, schlicht aus Mangel an Alternativen.

Um die Muslime »ethnisch« gegenüber Serben und Kroaten aufzuwerten, diente einigen Historikern der so genannte Bogumilen-Mythos, der inzwischen widerlegt worden ist. Die Idee dahinter ist, dass die heutigen Muslime ihre Abstammung direkt aus dem alten bosnischen Adel herleiten. Dieser hatte angeblich seine eigene Identität aus der bogumilischen Kirche Bosniens geschöpft, die sich orthodoxen und katholischen Vereinnahmungen widersetzte. Nach der Eroberung Bosnien-Herzegowinas durch die Osmanen 1463 und 1482 sei der Adel auf einen Schlag zum Islam übergetreten, und mit ihnen die bogumilischen Bauern. Durch diese Sicht wird die muslimische »Ethnie« älter als die muslimische Religions-zugehörigkeit selbst.

In der Argumentation des Ethno-Nationalismus versucht jede Nation, ihre Wurzeln so tief wie möglich in die Geschichte zu verorten, um vor der Konkurrenz bestehen zu können. Ein Blick nach vorne zur Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme ist weniger gefragt. Der Bogumilen-Mythos gewann immer dann an Auftrieb, wenn Serben und Kroaten versuchten, die Muslime für ihre »Ethnie« zu vereinnahmen. So hatte er Konjunktur, als der jugoslawische Staatschef Josip Broz Tito (1892-1980) die Muslime als Puffer gegen die rivalisierenden Serben und Kroaten 1971 verfassungsrechtlich zur »Nation« aufwertete. Auch seit dem Bosnien-Krieg bemühen sich muslimische Historiker und Politiker verstärkt, »ethnische« Elemente bei den Muslimen ausfindig zu machen.

## Sprache

Wer anders denkt, muss auch anders sprechen. So geht die ethno-nationale Logik. Doch die Südslawen sprechen im Grunde eine gemeinsame Sprache. Da Sprache jedoch zum Politikum wird, sind linguistische Argumente Nebensache.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es kurz die Chance einer gemeinsamen Standard-Sprache auf dem Balkan. Doch ideologische Gegensätze durchkreuzten die Pläne des serbischen Linguisten Vuk Karadzic (den der bosnisch-serbische Kriegsverbrecher Radovan Karadzic heute gerne als seinen Vorfahren bezeichnet). Seitdem versuchten Serben und Kroaten, ihre »eigenen Sprachen« zu formen und gossen zudem ihre Schrift in lateinische (»kroatische«) und kyrillische (»serbische«) Buchstaben. Mit dem Zerfall Jugoslawiens wurde auch der Begriff Serbo-Kroatisch zum Relikt ethno-nationaler Kompromisse aus der Tito-Zeit. Seither suchen auch Muslime nach türkischen und persischen Elementen in »ihrer« Sprache, die nun bosnisch heißt.

Der US-amerikanische Vermittler im Bosnien-Krieg, Richard Holbrooke, beobachtete mit bitterer Ironie eine Szene bei den Friedensverhandlungen in Dayton 1995: Dort gab es sechs Sprachkanäle auf den Kopfhörern – die ersten drei für Englisch, Französisch und Russisch, der vierte für »Bosnisch«, der fünfte für »Kroatisch« und der sechste für »Serbisch«. Für die drei letzten Kanäle gab es jedoch nur *einen* Dolmetscher. Auf jedem war exakt die gleiche Übersetzung zu hören.

## Bräuche

Auch die Bräuche waren nicht so fest gefahren, wie es die Ethno-Nationalisten gerne gehabt hätten. Es gab Überschneidungen bei Menschen unterschiedlichen Glaubens und vor allem Unterschiede zwischen Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten, auch wenn sie den gleichen Glauben hatten. Konvertierungen vor allem zum Islam vollzogen sich allmählich, und ebenso zäh veränderten sich Bräuche. Zeitgenossen berichten von einer zum Teil großen Akzeptanz verschiedener Gewohnheiten und Rituale gerade in Bosnien.

Doch für Ethno-Nationalisten waren Konvertierungen eine Gefahr. Der Glaube ist ein politisches Gut, denn er schweißt ihre Wählerschaft zusammen. In der bosnischen Geschichte gibt es mehrere Beispiele, in denen Übertritte als Verrat angesehen wurden. In einem Fall löste die angebliche Konvertierung eines muslimischen Mädchens einen Aufstand bosnisch-muslimischer Aktivisten gegen die katholische Habsburger Verwaltung aus. Ihr politischer Vorwurf: Die islamischen Bräuche und die islamische Religion in Bosnien-Herzegowina seien in Gefahr.

## Gewalt

Gewalt ist das letzte Mittel, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzwingen und den Gegensatz zu »anderen« zu schärfen. Die Zuschreibung einer »ethnischen« Zugehörigkeit kann in der aufgeheizten Stimmung für jeden Leben oder Tod bedeuten. Teilweise professionelle Verbrecher machten die Dörfer in Bosnien unsicher und hetzten Angehörige der »Ethnie« A gegen die der »Ethnie« B auf. Forscher behaupten, dass dadurch »ethnischer« Hass erst geschürt wurde und nicht umgekehrt. Die Taktik hat historische Vorläufer, wie zum Beispiel bei den Unruhen zwischen Muslimen und Hindus nach der indischen Unabhängigkeit und der Spaltung des Landes in Indien und Pakistan 1947.

Frauen leiden besonders unter den Übergriffen. Der Grund liegt in der Ideologie des Ethno-Nationalismus: Frauen gebären die »ethnisch richtigen« Personen – oder eben

nicht, wenn sie vom »ethnischen« Feind vergewaltigt werden. Zusätzlich zerstören die Vergewaltigten den oft hohen, religiösen und gesellschaftlichen Status der weiblichen Opfer.

In Bosnien war solche Gewalt Teil der systematischen Kriegsführung. Sie sollte den Beweis liefern, dass die verschiedenen »Ethnien« nicht zusammen leben könnten. Diese Botschaft zeigte nach außen oft Wirkung.

#### **4.) Ethno-Nationalisten nutzten das politische Vakuum**

Nicht jeder ethno-nationale Konflikt ist so eskaliert wie im früheren Jugoslawien. Doch gerade die Widersprüche in der Konstruktion der »Ethnien« zeigen grundsätzlich, welchem Schattenboxen die dortige Bevölkerung und auch die internationale Staatengemeinschaft auf den Leim gegangen ist. Wie kann es geschehen, so fragten sich Beobachter und westliche Wissenschaftler, dass etwas derart Irreales eine so reale Macht entfalten kann? Warum lockte der Nationalismus, wie es Izetbegovic beschrieb, mehr Menschen an als eine Diskussion über Demokratie? Endgültige Antworten sind noch nicht gefunden. Einige Erklärungsversuche gibt es jedoch.

Wieder gilt für ex-Jugoslawien in besonderer Weise, was sich auf weite Teile Osteuropas übertragen lässt. Vor dem Zerfall des Staatssozialismus gab es kaum öffentliche Foren, wo ein politischer Meinungsaustausch hätte stattfinden können. Als die alte Ordnung quasi von heute auf morgen zusammen brach, nutzten Ethno-Nationalisten die entstandene Lücke. Sie hatten einen zeitlichen Vorsprung, eben weil ihre Konzepte simpel sind und keiner aufwendigen, politischen Meinungsbildung bedürfen. »Die ideologischen Gegengewichte gegen den neuen Nationalismus in Osteuropa waren schwach«, schreibt der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme. »Die Ideologie der Zivilgesellschaft – die letzte Ideologie der osteuropäischen Intelligencija – war schnell an den Realitäten gescheitert. Nur der Nationalismus schien das Vakuum auszufüllen, das die zusammen gebrochene Ideologie hinterlassen hatte.«

Politische Alternativen taten sich kaum auf. Die Sozialisten oder gewendeten Sozialdemokraten waren diskreditiert, weil sie mit dem alten System in Verbindung gebracht wurden. Dabei waren die jungen Reformer manchmal die einzigen, die eine bürgerlich-demokratische Alternative jenseits ethno-nationaler Schubladen anboten, wie in den Wahlen in Jugoslawien 1990.

#### **5.) Minderheit? Volk? Nation? Staat?**

Der Zerfall des Staatssozialismus und die Ideologie des Ethno-Nationalismus haben die Existenz von Minderheiten in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts in ein neues Licht gerückt.

Zum ersten Mal hatte diese Frage eine neue Bedeutung erhalten, als die Vielvölker-Reiche im 19. und 20. Jahrhundert in Nationalstaaten zerfielen. Die gängige Idee hinter einem Nationalstaat ist die, dass eine (»ethnische«) Nation möglichst ein eigenes Staatsgebiet haben soll. Da sich die Bevölkerung in Europa jedoch nicht entlang dieser neuen Grenzen spalten ließ, ist ein wirklicher, homogener Nationalstaat eine Illusion. Allein die Idee besitzt dennoch starke, politische Kraft.

Im sozialistischen Osteuropa galten ethnische Minderheiten als ein Relikt feudaler Vergangenheit und als störend auf dem Weg in eine kommunistische Weltgesellschaft.

Deshalb versuchten die Regime des »Ostblocks«, kulturelle und erst recht politische Forderungen von Minderheiten zu unterdrücken und deren Existenz zu leugnen.

Westeuropäische Staaten dagegen haben Minderheiten mehr oder weniger weit gehende kulturelle oder politische Rechte eingeräumt. Darunter zählt in Deutschland das unspektakuläre Zugeständnis, dass der dänischen Minderheit in Schleswig Holstein bei Wahlen die sonst übliche Fünf-Prozent-Hürde erlassen wird, um leichter einen Sitz im Kieler Landtag zu erhalten.

Doch die Gruppen, die in Europa besonders nach 1990 von sich Rede machen, wollen mehr sein als Minderheiten. Basken, Katalanen, Korsen, Bretonen oder gar Sinti und Roma möchten als »Nationen« begriffen werden. Das ist mehr als Wortspielerei.

Das Völkerrecht – das weder für Minderheiten noch für Völker eine eindeutige Definition liefert – räumt Völkern das Recht auf politische Selbstbestimmung ein, Minderheiten jedoch nicht. Und Völker, die politischen Ehrgeiz zeigen, legen Wert darauf, Nationen genannt zu werden. Haben Nationen also ein Recht auf einen eigenen Staat? Ein Automatismus liegt nahe. Denn Nation und Staat werden meist leichtfertig gleich gesetzt.

Die Konfusion begann bereits zu Zeiten des Völkerbunds (League of Nations) und hat sich in den Vereinten Nationen (United Nations) fortgesetzt, in der keineswegs »Völker« oder »Nationen«, sondern »Staaten« Mitglieder sind. Was ist mit den Völkern, die keine Nationen sind, mit den Nationen, die keine Staaten sind, und mit den Staaten, die keine Nationen sind (also mit 96% der Bevölkerung in den nicht-Nationalstaaten dieser Welt)? Die UNO-Charta bleibt eine Antwort schuldig.

Das wäre vielleicht weiter kein Problem, wenn die Nation nicht im ethno-nationalen Sinn verstanden würde, sondern im bürgerlich-demokratischen. Dann wäre ein Staat automatisch eine Nation, weil sich die Nationsmitglieder mit der Rechtsordnung und der politischen Ordnung des Staates identifizieren. Die Frage nach einer »ethnischen« Zugehörigkeit wäre hinfällig. Doch das bürgerlich-demokratische Nationsmodell, an dem einige französische Ideologen festhalten, hat in der Praxis in Europa der Jahrtausend-Schwelle kaum noch Bedeutung. Das kritisiert auch der Soziologe Rainer Lepsius: »Die moderne Nation politisiert die ethnisch-kulturellen Einheiten der Völker durch die Idee der Volkssouveränität, die die Völker zu politisch verfassten, eigenständigen Subjekten der Geschichte, zu Nationen, erhebt.«

Die Frage nach politischer Selbstbestimmung wird dadurch heikel. Ohne zu klären, was eigentlich das »Selbst« ist, das sich bestimmen soll, bringen demokratische Wahlen Kopfzerbrechen. Schon der französische General Carnot warnte 1793: »Wenn jede Gemeinschaft das Recht hätte, seinen politischen Willen zu erklären und sich unter dem Einfluss von Rebellen vom Mutterland abzuspalten, könnte sich jeder Landstrich, jede Stadt, jedes Dorf, jeder Bauernhof für unabhängig erklären.«

Die politische Selbstbestimmung mit der Forderung nach einem »eigenen« Staat öffnet die Büchse der Pandora für eine unendliche, politische Zersplitterung. Forscher haben rund 8000 Ethnien auf der Welt gezählt, wenn man Sprache und Kultur zur Grundlage nimmt. Das würde ein enormes Potenzial an neuen Mitgliedern für die UNO-Generalversammlung liefern.

## **6.) Ethno-Nationalismus als Staatsideologie**

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist in Europa genau das passiert: Ethnische Minderheiten, Völker oder wie auch immer sie genannt werden, strebten nach politischer Selbstbestimmung. Einige, die das schon vorher taten, haben ihre Forderungen verstärkt. In den Ländern Osteuropas kam begünstigend hinzu, dass die post-kommunistischen Staaten politisch und wirtschaftlich geschwächt waren.

Es gibt Beispiele einer friedlichen Einigung wie unter Tschechen und Slowaken. Beide Volksgruppen hatten zuvor nie einen eigenen Nationalstaat, sondern entstanden als Tschechoslowakische Republik aus dem zerfallenen Habsburger Vielvölker-Reich 1918. Dennoch trennten sie sich 1993 in die Tschechische und die Slowakische Republik. Slowakische Politiker, allen voran der Populist Vladimir Meciar und die »Bewegung für eine demokratische Slowakei« (HZDS), trieben die Spaltung voran.

Die oben erwähnten Merkmale des Ethno-Nationalismus lassen sich hier nachzeichnen: Die Teilung war Selbstzweck und folgte keiner weiter gehenden politischen Vision. Denn die Slowaken verließen einen wirtschaftlich stärkeren Verbund mit den Tschechen. Nationalisten auf beiden Seiten versuchten, ihre Eigenständigkeit weit in die Geschichte zu verorten. Tschechische Aktivisten bemühten die »Staatlichkeit der Länder der böhmischen Krone«, und Slowaken nahmen einen gewagten Rückgriff auf die Tradition des Großmährischen Reiches.

Selbst ein Land, das bereits seit längerer Zeit Mitglied der Europäischen Union ist, ringt noch immer mit seiner ethno-nationalen Ideologie – Griechenland. Die geografische und historische Zugehörigkeit zum Balkan können die Griechen auch politisch nicht verhehlen. Ähnlich wie in Serbien definiert die machtvolle, orthodoxe Kirche die »nationale Identität« in starkem Maße durch die Religion. Sie ist eben nicht Privatsache, sondern ein Politikum.

Der Einfluss der orthodoxen Kirche wurde erneut im Mai 2000 deutlich: Die griechische Regierung unter dem Sozialisten Kostas Simitis hatte angekündigt, die Religionszugehörigkeit in den neuen Personalausweisen zu streichen. Hintergrund ist zum einen eine Annäherung an EU-Maßstäbe und zum anderen, dass Minderheiten anderen Glaubens im öffentlichen Leben Griechenlands stark diskriminiert werden. Denn nach bisheriger, offizieller Lesart ist Griechenland ein homogener Nationalstaat. Die rund 130 000 Muslime im Land, davon die Hälfte türkischer Abstammung, müssen um ihre Bürgerrechte kämpfen. Nachdem die Pläne der Regierung zu den neuen Personalausweisen bekannt wurde, riefen die orthodoxen Kirchenführer zum Protest auf. Die Tatsache, dass sie im Juni des Jahres mehr als 200 000 Menschen in Athen auf die Straße brachten, zeigt, dass der Ethno-Nationalismus in Griechenland weiterhin eine Massenbasis hat.

Die ethno-nationale Ideologie in einem Land löst jeweils bei den Nachbarn eine Kettenreaktion aus. Das musste das junge Nachbarland, die Republik Mazedonien erfahren. Die Bulgaren halten die junge, mazedonische Sprache und Bevölkerung für bulgarisch. Schließlich kämpften sie auch gemeinsam in einer Unabhängigkeitsbewegung gegen die Osmanen. Linguisten sehen – ähnlich wie bei Serbo-Kroatisch – in der Tat nur eine Sprache. Radikale Serben halten Mazedonien für serbisch und verweisen auf das Reich des Königs Stefan Dusan, der am Ende seiner Regentschaft (1331-1355) in Skopje residierte. Fanatische Albaner fordern dagegen ein Großalbanien, das Teile Montenegros und Griechenlands, West-Mazedonien und den Kosovo umfaßt.

Griechische Nationalisten wiederum sehen in der Republik ein Bevölkerungsgemisch, das alles andere ist, nur nicht mazedonisch. Denn Mazedonier leben, so meinen die Griechen, nur in den griechischen Provinzen West-, Zentral- und Ost-Mazedonien (die

allerdings erst seit 1983 unter diesen Namen bestehen). Der Grund: Der Anspruch auf das historische Erbe Alexanders des Großen aus dem vierten Jahrhundert v.Ztr. steht auf dem Spiel.

In der Tat berufen sich Mazedonier wie Griechen auf den großen Heerführer aus der Antike. Beide heutige Staaten lagen im alt-mazedonischen Gebiet. Das Misstrauen zwischen beiden Ländern entspannte sich erst, nachdem die Republik Mazedonien auf alt-mazedonische Symbole in ihren Staatswappen verzichtete und in ihrer Verfassung hinzufügte, keinerlei Gebietsansprüche über die heutigen Grenzen hinaus zu haben. Dennoch ist alleine der Name Mazedonien den Griechen weiter ein Dorn im Auge. Bis heute hat Griechenland den Nachbarstaat daher diplomatisch nicht endgültig anerkannt.

Die Mazedonier haben es zum Teil selbst in der Hand, in wieweit sie ihre geschichtsbewussten Nachbarn provozieren. Die Berufung auf die Antike und die Region Mazedonien zur Identitätssuche macht im Zeitalter moderner Nationalstaaten keinen Sinn. Sofern sich die Mazedonier jedoch auf ihre »Ethnie« berufen, kommen sie mit Serben und Bulgaren in Konflikt, die sie als serbisch oder bulgarisch sehen. Die Mazedonier rufen damit auch die Albaner auf den Plan, die in Mazedonien wohnen und knapp ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Denn sie werden dadurch wiederum zu einer ethnischen Minderheit, der mazedonische Ethno-Nationalisten nur geringe Rechte einräumen wollen. Brisant wird es erst recht, wenn mazedonische Ethno-Nationalisten auf »mazedonische Minderheiten« in Bulgarien oder Griechenland verweisen.

Nur wenn sich in Mazedonien ein bürgerlich-demokratisches Nationskonzept durchsetzt, das alle, die in dem Land leben, als mazedonische Staatsbürger begreift und sofern es keine ethno-nationalen Forderungen nach außen stellt, hat das junge Land eine Chance, von seinen Nachbarn akzeptiert zu werden.

## **7.) Ethno-Nationalismus als Sezessions-Ideologie**

Neben Nationen, die keine Minderheiten haben wollen, gibt es Minderheiten, die eine Nation sein wollen – und damit oft einen eigenen Staat beanspruchen. Wie erwähnt, fühlten sich Ethno-Nationalisten auch in Westeuropa nach 1990 ermutigt, ihre Stimme wieder stärker zu erheben, wenn auch ihr politischer Kampf weitaus älter sein mag. Tatsächlich haben die Regierungen vor allem Frankreichs und Spaniens seit dieser Zeit mehr Entgegenkommen gezeigt als Jahre zuvor.

Besonders bei Frankreich hat dies Überraschung ausgelöst, da Franzosen traditionell am demokratischen Nationskonzept und an dem Motto der *republique unie et indivisible* festhalten. Verärgert über die weit gehenden Zugeständnisse an Korsika trat Ende August 2000 der französische Innenminister Jean-Pierre Chevènement zurück. Er befürchtete einen Präzedenzfall für andere Regionen und sah die Einheit der Republik in Gefahr.

Bereits 1990 hatte Frankreich unter Präsident François Mitterand die Korsen zum ersten Mal als »Volk« anerkannt. Zehn Jahre später kündigte der ebenfalls sozialistische Premier Lionel Jospin weitere Zugeständnisse an: Bis 2004 soll das korsische Parlament das Recht haben, französische Gesetze auf korsische Verhältnisse »anzupassen«. Die korsische Sprache kann als Lehrfach in Schulen Einzug halten. Die Insel, die in zwei Departements aufgeteilt ist, soll wieder eins werden. Voraussetzung sei jedoch, dass die korsischen Separatisten der Gewalt abschwören, betonte Jospin.

Frankreich hat also um des inneren Friedens Willen Forderungen der Ethno-Nationalisten akzeptiert. Dabei ist heute nicht mehr ganz klar, was das Korsentum eigentlich ausmacht. Nur noch rund ein Fünftel der Korsen sprechen korsisch. Der Literaturkritiker Angelo Rinaldi, selbst ein Korse, lästerte, dass das Insel-Idiom kein

einziges, literarisches Werk hervor gebracht habe. Zudem hätten die Korsen »kaum mehr gemeinsam als eine bestimmte Art und Weise, die Ziegen abends in den Pferch zurück zu pfeifen.« Andere sehen in solchen Äußerungen französische Propaganda gegen eine »Nation zweiter Klasse«.

Doch ausgerechnet der berühmteste Korse, Napoleon Bonaparte (1769-1821), hatte den Zentralismus der *Grande Nation* auf Kosten der Insel und anderer Volksgruppen fest geschrieben. Die korsischen Separatisten, die sich erst kürzlich zu einem Bund zusammenschlossen, berufen sich dagegen lieber auf das Jahr 227 v.Ztr., als die Römer auf die Insel kamen. Damals entstand die korsische Sprache, die heute dem Italienischen näher ist als dem Französischen. Die italienischen Stadtstaaten hatten Korsika lange in ihrem Besitz, bis Genua die Insel 1768 an Frankreich abgab.

Kaum waren die Zugeständnisse Jospins an die Korsen in der Diskussion, meldeten sich Fürsprecher anderer Regionen. Das Wort »Korsika-Syndrom« machte die Runde. Ein Autonomie-Aktivist aus der Region Savoyen fragte: »Muss man Bomben werfen, um in Paris wirklich ernst genommen zu werden?«. So weit war dies nicht gegriffen. Im April 2000 detonierte ein Sprengsatz in der Bretagne, gezündet von einer Gruppe, die bisher kaum in Erscheinung getreten war – die Bretonische Revolutionäre Armee (ARB). Sie arbeitet eng mit der baskischen Untergrund-Organisation ETA zusammen.

Nun haben die Bretonen, die keltischen Ursprungs sind und früher engen Kontakt zu den britischen Inseln hielten, bisher keinen großen Ehrgeiz für einen eigenen Staat erkennen lassen. So wird ihre Bewegung auch als »Regionalpatriotismus« bezeichnet, der allerdings erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgelebt ist. Als Folge der zentralistischen Kulturpolitik Frankreichs sprechen auch nur noch schätzungsweise ein Zehntel der 2,4 Millionen Bretonen ihre Sprache. Erst seit Mitte der 1980er Jahre hat Paris der bretonischen Sprache wieder mehr Freiheiten eingeräumt.

Radikaler geben sich dagegen die Ethno-Nationalisten aus dem Baskenland, besonders die ETA (Euzkadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit). Ursprünglich legitimierte sie ihren Kampf als Widerstand gegen die faschistische Franco-Diktatur (1939-1975). Die ETA gründete sich Ende der 50er Jahre als marxistisch-leninistische Befreiungsorganisation. Seither haben sich die ideologischen Inhalte als flexibel erwiesen. Das einzige feste, politische Ziel der ETA nach der Franco-Zeit ist die Gründung eines baskischen Staates. Ihr Ethno-Nationalismus ist zum Selbstzweck geworden, nachdem die Demokratie in Spanien erreicht war. Damit verlor die ETA bei der Bevölkerung – auch bei den meisten Basken – stark an Sympathie. Seit dem ersten Mord-Attentat 1968 gehen mehr als 800 Opfer auf das Konto der Organisation.

Bei den Basken vermischen sich in typischer Form Argumente »uralter« ethnischer Besonderheit mit modernen Faktoren zum heutigen Ethno-Nationalismus. Zu den alten Zutaten zählt die biologische Abstammung. Hier scheinen die Basken in der Tat anderen Volksgruppen die Stirn bieten zu können. Ihre Eigenständigkeit wird in die europäische Frühgeschichte zurück datiert. Ihre Sprache gehört nicht zur indo-germanischen Sprachfamilie, hat jedoch eine Verwandtschaft zum Finnischen und Ungarischen. Heute sprechen nur rund ein Viertel der zwei bis 2,5 Millionen Basken in Nordspanien und Südwest-Frankreich baskisch.

Zwar gilt die Herkunft der Basken als unklar, doch sehen viele Wissenschaftler sie als Nachkommen der letzten Eiszeitmenschen, die in abgelegenen Pyrenäentälern die indogermanische Einwanderungswelle überlebt haben. Als ethnisches Argument gilt auch die Besonderheit, dass fast alle Basken die Blutgruppe Null haben sollen.

Im 10. Jahrhundert errichteten baskische Fürsten das Königreich Navarra, das seine Souveränität gegenüber den großen Nachbarn sechs Jahrhunderte lang behaupten konnte. Im Norden endete die baskische Eigenständigkeit endgültig mit der Französischen

Revolution 1789. Im Süden, wo heute 80 Prozent der Basken leben, mussten sie sich 1876 der spanischen Armee beugen.

Die baskische Nationalbewegung verdankt ihren Ursprung der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Ausgerechnet eingewanderte Erz-Arbeiter aus den südlichen spanischen Provinzen förderten die baskische Identität – in zweifacher Hinsicht. Einerseits riefen sie bei einigen Einheimischen ein Bedrohungsgefühl hervor. Andererseits passten sich die neuen Siedler auch der einheimischen Tradition an und wurden zu »Gesinnungs-Basken«. Eine baskische Nationalbewegung wäre vielleicht gar nicht entstanden, wenn nicht 1895 der Geschäftsmann Sabino Aranas die erste nationalistische, katholische Basken-Partei (Partido Nacionalista Vasco) gegründet hätte. Er kam aus dem Kleinbürgertum und sah den Mittelstand durch den Boom der Stahlindustrie bedroht. Mit seinem Motto von der Rückkehr zu »Gott und den alten Rechten« erreichte er viele Basken, die sich auch in ihrer Existenz bedroht sahen. Der Rückzug in einen orthodoxen Katholizismus hat bei den Basken Tradition. Er stammt aus der Zeit, als sie sich den muslimischen Eroberern aus Nordafrika (Mauren) widersetzen.

Nach der Franco-Zeit ebte der baskische Nationalismus ab. Das heutige Spanien ist nicht mehr der zentralistische Einheitsstaat wie unter der Diktatur. Das Land besteht aus 17 autonomen Regionen, die der Senat seit 1994 als zweite Kammer in Madrid vertritt. Spaniens Regionen besitzen bereits mehr Rechte als die französischen und italienischen und werden ähnlich verwaltet wie die deutschen Bundesländer. Baskisch und Katalanisch sind in den jeweiligen Gebieten als Amtssprache zugelassen. Auch deshalb ist bei der Bevölkerung das Verständnis für die Forderungen der ETA geschwunden. Bei Wahlen aus der jüngeren Zeit bekommt ihr politischer Arm, die Volksunion (Herri Batasuna) nur noch einen geringen Stimmen-Anteil. Spanienweit waren sie bei den Parlamentswahlen 1996 mit rund einem Prozent eine zu vernachlässigende Größe. Die gemäßigteren Baskischen Nationalisten (PNV) erhielten im Jahr 2000 1,5 Prozent der Stimmen

Eine Autonomie der spanischen Regionen ist den Ethno-Nationalisten nicht genug. Sie verlangen auch eine symbolische Aufwertung, die einen Schritt zur Staatlichkeit bedeuten könnte. In der »Erklärung von Barcelona« 1998 forderten die nationalistischen Parteien im Baskenland, in Katalonien und Galicien, ihre Regionen als »Nationen« anzuerkennen und Spanien zum »multi-nationalen« Staat zu erklären. Im Jahr darauf trafen sich in Bilbao rund 1800 nationalistische Bürgermeister und Stadträte aus dem spanischen und französischen Baskenland sowie aus der Region Navarra und gründeten die »Versammlung baskischer Gemeindevertreter«. Sie sollte herausstellen, dass das Baskenland eine eigene »Nation« sei, hieß es.

Kurz darauf machte auch die ETA auf ihre Weise deutlich, dass sie sich mit nichts unter einem souveränen Staat zufrieden geben will. Ende Dezember 1999 kündigten die Terroristen ihre einseitig verkündete Waffenruhe auf. Sie hatte 14 Monate gehalten. Seither fielen vor allem mehrere Lokalpolitiker der konservativen Partei (Partido Popular) des Ministerpräsidenten Jose Maria Aznar den Terroristen zum Opfer. Aznar fährt einen unnachgiebigen Kurs gegenüber der ETA und weiß dabei die meisten Spanier und Basken hinter sich.

Gemäßigter und auch geschickter präsentieren sich die katalanischen Ethno-Nationalisten. Der katalanische Fall zeigt Gemeinsamkeiten und deutliche Unterschiede zum baskischen. Gemeinsam ist der Widerstand gegen die Franco-Diktatur, die Besinnung auf »ethnische« Wurzeln wie Sprache und die Betonung einer eigenen »Nationalgeschichte« sowie die Industrialisierung, die dem Nationalstolz kräftig Auftrieb gab. Doch hier beginnen bereits die Unterschiede. Die Wirtschaftskraft Kataloniens spielt eine weitaus größere Rolle. Die Textilherstellung und Metallverarbeitung brachte der

Region Reichtum. Die Katalanen speisen ihr Nationalbewusstsein viel mehr aus »modernen« Argumenten wie dem wirtschaftlichen Erfolg als zum Beispiel die Basken.

Dennoch verzichten die katalanischen Nationalisten nicht auf das »ethnische« Beiwerk. Ihre Sprache wurde vor dem Spanischen zur ersten Landes- und Amtssprache erhoben. Die große Mehrheit der zehn Millionen Katalanen spricht katalanisch, was im Vergleich zu anderen Minderheiten eher ungewöhnlich ist. Im Gegensatz zu den Basken fällt die Sprache jedoch nicht eindeutig mit einer bestimmten Region überein und liefert keine klare »ethnische« Abgrenzung. Katalanisch ist auch Landessprache in Andorra, wird auf den Balearen gesprochen, auf Teilen Sardinien, in der Provinz Valencia und im französischen Departement Pyrenées-Orientales. Es bleibt angesichts politischer Ambitionen keine rein akademische Frage, ob Katalanisch eine eigenständige Sprache ist (wie z.B. das Baskische) oder nicht. Manche sprechen lediglich von einem katalanischen Dialekt. Auf jeden Fall gehört Katalanisch zur iberoromanischen Sprachfamilie und ist dem Spanischen sehr ähnlich.

Die Sprache entstand in den östlichen Pyrenäen, in einer Provinz, die Karl I. (»der Große«) zum Schutz gegen die Mauren errichtet hatte. Nach Karls Tod begann der Aufstieg Kataloniens. Das Fürstentum wurde in seiner Blütezeit stark von der italienischen Renaissance und vom Humanismus beeinflusst. Ein autoritäres Herrschaftssystem konnte sich in Katalonien nie durchsetzen. Erst der spanische Erbfolgekrieg setzte der Eigenständigkeit der Region 1714 ein Ende.

Die katalanischen Nationalisten betonen kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede, aber die meisten sehen sich gleichzeitig als spanische Staatsbürger in einem föderalen Staat, der ihnen beträchtliche Zugeständnisse gemacht hat. Deshalb sprechen viele eher von einem Regionalismus statt von einem Nationalismus bei den Katalanen, wobei die Grenzen allerdings oft fließend sind.

Der konservative Politiker Jordi Pujol spielt eine Schlüsselrolle im pragmatischen, katalanischen Nationalismus. Geschickt nutzte er die parteipolitische Landschaft, um Madrid Privilegien abzurufen. Der spanische Regierungschef Aznar war auf Pujols Partei, die *Convergència i Unió* (CiU), von 1996 bis 2000 sogar als Koalitionspartner angewiesen. Nicht zufällig engagiert sich Pujol auch für eine Stärkung der Regionen in der Europäischen Union. Die katalanischen Nationalisten gehören mit zu den größten Befürwortern der europäischen Integration.

Eine ähnliche Kombination von Ethno-Nationalismus und EU-Sympathie lässt sich in Italien beobachten. Dort sind ebenfalls vor allem wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend für die nachträgliche Berufung auf »ethnische« Merkmale. 1989 gründete der Rechtspopulist Umberto Bossi die Lega Nord. Seine Protestbewegung gewann in den 1990er Jahren an Schwung und tritt für die Teilung Italiens in drei Regionen ein. Ziel ist, den reichen Norden vom ärmeren Süden abzukoppeln.

Mit Schlagworten vom »diebischen Rom« (Roma ladona) und vom Mafia verseuchten Süden konnte Bossi vor allem Kleinbürger aus den wohlhabenden Regionen Norditaliens für sich gewinnen. Dort schaffte es die Partei bei den Wahlerfolgen 1996 mit rund 20 Prozent der Stimmen mitunter stärkste Kraft zu werden. Ihre Hochburg ist Mailand. In ganz Italien kam die Lega Nord auf zehn Prozent. Anhänger hatten auf Flugblättern Süditaliener aufgefordert, die Lombardei zu verlassen. Das hat der Bossi-Bewegung den Ruf des Rassismus eingebracht. Bossi, ein arbeitsloser, ehemaliger Medizin-Student, spricht von einem »freien und unabhängigen Padanien« und den »Völkern der Po-Ebene«, die aus einer »reinen und erwählten Rasse« hervorgingen.

Geschichtliche Legitimation für seinen Verein holte sich Bossi aus dem Mittelalter. Gegen das Vormachtstreben des römisch-deutschen Kaisers Friedrich Barbarossa hatten sich im April 1167 die fünf größten Städte der Lombardei zur Lombardischen Liga

zusammen geschlossen. Sie errang 1176 einen Sieg über Barbarossa, dessen Politik als Vorläufer des römischen Zentralismus angesehen wird. Als historische Integrationsfigur pickte sich Bossi den wackeren Ritter Alberto di Giussano heraus, der den Kaiserlichen bei Legnano den entscheidenden Schlag versetzt haben soll.

Umfragen zeigten jedoch, dass sich 80 Prozent der Norditaliener von Bossis Sprüchen nicht beeindruckt ließen. Sie wünschten sich gar keine Sezession. Als Bossi auf dem Markusplatz in Venedig im September 1996 die »Unabhängigkeitserklärung Padaniens« verlas, umringten ihn nur ein paar Duzend Parteifunktionäre. Über dem Platz hatten Gegner ein Spruchband gehängt mit der Aufschrift: »Viva Italia«.

## **8.) Nationen im Wartestand**

Hier wurden nur einige Beispiele ethno-nationaler Bewegungen in Europa aufgezeigt ohne den Anspruch auf Vollständigkeit. Der Nordirland-Konflikt hat gewisse Ähnlichkeiten mit den erwähnten Fällen, ist hier jedoch bewusst ausgelassen worden. In Nordirland stehen radikalisierte Religionsgruppen gegenüber, die sich nicht erst die Mühe machen, ihre Unterschiede durch unterschiedliche »Abstammung« zu untermauern. Es geht bei diesem Konflikt auch nicht um die Forderung nach einem eigenen, neuen Staat, sondern um den Anschluss eines Gebiets an ein anderes Land (ähnlich wie in Südtirol). Allerdings sind die gepflegten Geschichts-Mythen und die Art der Auseinandersetzung in Nordirland dem Ethno-Nationalismus sehr ähnlich.

Die erwähnten Beispiele zeigen, dass das Reservoir an potenziellen Nationen schier unerschöpflich sein kann, wenn sich nur geeignete »ethnische« Konstruktionen, Geschichtsschreibungen und politische Anführer mit effektiven Organisationen finden. Im Europa nach 1990 zeigen Regierungen die Tendenz, dem Druck von Ethno-Nationalisten nachzugeben. Damit gewinnt eine grundsätzliche Idee an Bedeutung: Wer »ethnisch« anders ist, hat automatisch auch andere *politische* Interessen. Daher bedarf es für die (neue) »Nation« auch eigene, politische Institutionen. Eine kulturelle Autonomie in einem bestehenden Staatsgebilde reicht dafür nicht mehr aus.

Diese Entwicklung kann sich im Laufe der Jahre abschwächen. Bisher ist dies jedoch nicht in Sicht. Im Gegenteil, in der erwähnten Logik drängen immer mehr Volksgruppen darauf, »Nation« genannt zu werden. Damit wollen sie eine politische Aufwertung erreichen. Manche Gruppen sehen dabei die Institutionen der EU als Hilfe für ihr Vorhaben. Die EU hat sich immer stärker der Wahrung der Rechte von Minderheiten und der Förderung ihres kulturellen Erbes verschrieben und achtet darauf, ob diese Kriterien auch von den Beitritts-Kandidaten in Osteuropa eingehalten werden. Damit sind die europäischen Institutionen auch zu Adressaten »ethnischer Lobby-Gruppen« geworden.

Die größte Minderheit, vor allem im Osten Europas, sind die Sinti und Roma. Sie haben in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, sich als Volksgruppe Gehör zu verschaffen und sich einen festen Platz in den europäischen Institutionen zu sichern. Parallelen zu den Juden drängen sich auf: Beide definieren ihr Gemeinschaftsgefühl stark durch das Leid und die Verfolgung, der sie über Jahrhunderte in Europa ausgesetzt waren. Alleine etwa 500 000 Sinti und Roma (»Zigeuner«) wurden durch die Nationalsozialisten ermordet, schätzen Historiker. Das Roma Rights Centre in Budapest ist der Meinung, dass schon die kollektive Erfahrung der Verfolgung ausreicht, um den Sinti und Roma das Etikett »Nation« zuzugestehen.

Doch Sinti und Roma sind, wie Juden, außerordentlich heterogen. Sie gehören verschiedenen Clans und Stämmen an, haben weder eine gemeinsame Religion, noch eine einheitliche Sprache. Ihre Vertreter versuchen nun, eine schriftliche Standard-

Sprache zu entwickeln, um das »ethnische« Profil der Gruppe zu schärfen. Sie haben auch eine eigene Fahne entworfen (grün mit einem Rad). Ähnlich wie bei den Anfängen des Zionismus hat sich eine Organisation gegründet, die vorgibt, die Interessen der Sinti und Roma zu vertreten. Die Internationale Roma Union hält Kongresse ab und will ein Lobby-Büro in Brüssel eröffnen. Die wenigsten ihrer Delegierten sind jedoch demokratisch gewählt. In Deutschland ist der Zentralverband der Sinti und Roma das Hauptsprachrohr der Gruppe.

Als Herkunftsort der Sinti und Roma gilt die nordwest-indische Region Punjab. Nach der Provinz Sindh (im heutigen Pakistan) bezeichnen sich die deutschen Roma als Sinti. Zwischen dem 8. und 12. Jahrhundert zogen sie in verschiedenen Gruppen Richtung Westen. Ab dem 15. Jahrhundert wurden sie vielerorts diskriminiert, verfolgt oder unterdrückt. Einige von ihnen sind bis heute auf Wanderschaft geblieben. Wie viele Sinti und Roma in Europa leben, ist nicht ganz klar. Die Schätzungen reichen von vier Millionen bis zu 15 Millionen. Die meisten von ihnen wohnen in Rumänien, Bulgarien und Spanien.

In den 1990er Jahren haben die Bemühungen zugenommen, die Diskriminierung der Sinti und Roma besonders in den osteuropäischen Staaten einzudämmen. So luden 1994 die damalige KSZE und der Europarat zu einer Konferenz über die Lage der Sinti und Roma in den KSZE-Staaten nach Warschau ein. Inzwischen reagiert die Europäische Kommission eher zurückhaltend auf die Forderung, der Gruppe den Titel einer »Nation« einzuräumen. Sie befürchtet, damit die Büchse der Pandora zu öffnen und korsischen, baskischen und anderen Ethno-Nationalisten Auftrieb zu geben. »Das grundsätzliche Ziel der EU ist es, Unterschiede zu überwinden, nicht sie zu betonen«, zitiert *The Economist* im November 2000 die etwas hilflose Antwort eines Mitarbeiters der Kommission zu dieser Frage. Schließlich bemühten sich Länder wie Ungarn, Tschechien und die Slowakei, die Sinti und Roma besser zu stellen, um sich für eine EU-Mitgliedschaft zu qualifizieren. Eine Aufwertung der Minderheit zur »Nation« könnte in diesen Ländern zu Spannungen führen.

## **9.) Regionen kontra Nationen in der EU?**

An dieser Stelle wird der politische Balanceakt deutlich, den die Europäische Union zu bewältigen hat: Wann geht es um notwendige Menschenrechte oder darum, die Diskriminierung ganzer Gruppen zu verhindern? Und wo beginnt der politische Aktivismus der Ethno-Nationalisten, die am Ende das einfordern, was der Prozess der europäischen Integration zu überwinden sucht, nämlich einen »ethnischen Nationalstaat«? Eine Lösung könnte darin liegen, den Ethno-Nationalismus durch die Idee eines »Europas der Regionen« abzdämpfen. Der Deckel der europäischen Supra-Nationalität kann dazu führen, dass die unzufriedenen Fürsprecher der »neuen Nationen« keine volle Souveränität erreichen (wollen), sondern mehr Rechte in einem existierenden Verband.

Der Gedanke eines zusammen wachsenden Europas hatte auch dem britischen Premierminister Tony Blair die Entscheidung leichter gemacht, Schotten und Walisern 1999 ein eigenes Parlament und mehr Autonomie zuzugestehen. Wenn der zentrale Nationalstaat an Kontrolle verliert, hält wenigstens noch die europäische Klammer. Geschwächte nationalstaatliche Kompetenzen machen es für Ethno-Nationalisten und so genannte Regionalisten leichter, in einem bestehenden Staatsgebilde zu leben.

Auch der Historiker Hagen Schulze sieht darin eine Voraussetzung für ein friedlicheres Europa: »Nicht die Idee der Nation muss in Europa überwunden werden,

sondern die Fiktion der schicksalhaften, objektiven und unentrinnbaren Einheit von Volk, Nation, Geschichte, Sprache und Staat.« Nach dem Fall der Mauer sei dies eine besondere Herausforderung. »Dieses Konzept von Nation, das in Mittel- und Osteuropa stärker als die einigende Kraft liberaler und demokratischer Überzeugungen war und noch ist, macht Nationalismus erst eigentlich zur zerstörerischen Gefahr für Europa«, schreibt Schulze.

Mit anderen Worten: Es macht Sinn, das bürgerlich-demokratische Nationskonzept wieder zu entdecken. Damit lassen sich Grenzen leichter überschreiten, da sie nur als politisch, nicht aber als quasi natürlich, emotional und absolut begriffen werden. Denn die Lösung von Problemen kann in einer globalisierten Gesellschaft immer weniger in nationalen Grenzen stattfinden. Ein Blick besonders auf Westeuropa zeigt, dass der Nationalstaat auf vielen Ebenen bereits überholt ist. »Der Nationalstaat«, so schreibt Schulze weiter, »der im vergangenen Jahrhundert als Gehäuse der entstehenden Industriegesellschaft und als Regelmechanismus für deren Konflikte unvermeidlich war, der darüber hinaus den einzigen Rahmen für demokratische Institutionen und Verfassungen bildete, kann heute die Bedürfnisse der Menschen alleine nicht mehr zufriedenstellen; andere, weiträumigere Ordnungen müssen hinzutreten.«

Bisher ist es den größeren Organisationen jedoch schwer gefallen, mit dem beharrlichen Phänomen des Ethno-Nationalismus umzugehen. Institutionen wie die EU, die OSZE oder die UNO hatten damit ihre Probleme. Der Krieg auf dem Balkan traf die meisten Politiker unvorbereitet. Dementsprechend ratlos reagierten sie auf die neue Herausforderung.

Wenn die modernen, supra-nationalen Strukturen durch ihre Handlungsfähigkeit überzeugen, könnte auch ihr Rückhalt in der Bevölkerung wachsen. Denn bei den Wahlbürgern liegt der Schlüssel, politische Inhalte vor »ethnische« Äußerlichkeiten zu stellen. Erst dann könnte Izetbegovics Beobachtung widerlegt werden und sich mehr Menschen für die Demokratie begeistern als für einen Ethno-Nationalismus, in dem politische Inhalte keine Rolle spielen.

#### Weiterführende Literatur

- Alter, Peter: Nationalismus, Frankfurt/M. 1985  
Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/M. 1994  
Calic, Marie-Janine: Der Krieg in Bosnien-Herzegowina: Ursachen, Konfliktstrukturen, Internationale Lösungsversuche, (2. Aufl.) Frankfurt/M. 1996  
Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1999  
Wieland, Carsten: Nationalstaat wider Willen: Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik, Bosnien, Indien, Pakistan. Frankfurt-M./New York 2000  
ders.: Ein Makedonien mit drei Gesichtern: Innenpolitische Debatten und Nationskonzepte, in: *Südosteuropa*, 12/1997  
World Directory of Minorities, hg. von The Minority Rights Group, London 1990